©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MARTIN KRÖGER UND ROLAND THIMME

DAS POLITISCHE ARCHIV DES AUSWÄRTIGEN AMTS IM ZWEITEN WELTKRIEG

Sicherung, Flucht, Verlust, Rückführung

In Berichten über Kriegsschicksale deutscher Archive wird das Politische Archiv des Auswärtigen Amts selten erwähnt. Eine genauere Untersuchung über die besondere Situation dieses Behördenarchivs, das keiner übergeordneten Archivverwaltung unterstand, gab es bisher nicht. Im folgenden soll deshalb gezeigt werden, wie sich Sicherung, Flucht, Verlust und Rückführung der Akten sowie die politische Auswertung erbeuteter Dokumente durch die jeweiligen Sieger vollzogen und daß die Rettung der unersetzlichen diplomatisch-politischen Überlieferung vor der Zerstörung durch den Krieg nur mit Mitteln der Improvisation gelang.

Der Kunst- und Kulturschutz, als dessen Teil die Sicherung der Archive anzusehen ist[1], spielte bei der Vorbereitung des nationalsozialistischen Deutschlands auf einen Krieg lediglich eine untergeordnete Rolle. Als vorrangig galt die Sicherheit der Bevölkerung, der Infrastruktur und des Fertigungssektors. Während in Frankreich schon 1935 der Schutz von Archiven und Bibliotheken im Kriegsfall einer zentralen Institution übertragen worden war, gab es in Deutschland nur vereinzelte Initiativen in diese Richtung. Während der Sudetenkrise 1938 schien der Archivschutz erstmals eine Frage praktischer Umsetzung zu werden. In einer geheimen Dienstvorschrift gab Ernst Zipfel, seit Oktober 1936 Direktor des Reichsarchivs und kommissarischer

[1] Vgl. Wilhelm Rohr, Die zentrale Lenkung deutscher Archivschutzmaßnahmen im Zweiten Weltkrieg, in: Der Archivar 3 (1950), Sp. 105–122; Rudolf Holzhausen, Die Quellen zur Erforschung des „Dritten Reiches", in: Archivalische Zeitschrift 46 (1950), S. 196–206; Walter Nissen, Das Schicksal der ausgelagerten Bestände des Preußischen Geheimen Staats-Archivs und des Brandenburg-Preußischen Haus-Archivs und ihr heutiger Zustand, in: Ebenda 49 (1954), S. 139–150; Erich Hampe, Der zivile Luftschutz im Zweiten Weltkrieg. Dokumentation und Erfahrungsberichte über Aufbau und Einsatz, Frankfurt a. M. 1963, S. 511–533; Josef Henke, Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit. Beschlagnahme – Rückführung – Verbleib, in: VfZ 30 (1982), S. 557–620, hier S. 559–567; Olaf Groehler, Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990, S. 306–315; Matthias Herrmann, Das Reichsarchiv (1919–1945). Eine archivische Institution im Spannungsfeld der deutschen Politik, Diss. Berlin 1993, S. 310ff., 425ff.; Torsten Musial, Archive im Dritten Reich. Zur Geschichte des staatlichen Archivwesens in Deutschland 1933–1945, Diss. Berlin 1994, S. 88–93, 114–126. Musials Arbeit wird hier zitiert nach der Mikroficheauflage, inzwischen ist sie als Buch veröffentlicht: Staatsarchive im Dritten Reich. Zur Geschichte des staatlichen Archivwesens in Deutschland 1933–1945, Potsdam 1996.

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Leiter der preußischen Staatsarchive[2], am 12. August 1938 der Auslagerung bedeutender Archivalien aus den grenznahen Archiven den Vorrang vor allen anderen Archivtätigkeiten. Am 13. März 1939 einigten sich die Archivdirektoren auf einer Konferenz in Berlin auf die Flüchtung wertvoller Einzelstücke, ansonsten sollten Umlagerungen innerhalb der Archive ausreichen. Zipfel bekräftigte diesen Beschluß, indem er am 1. August anordnete, daß im Kriegsfall keine Auslagerung aus den preußischen Archiven erfolgen sollte[3]. Im September 1939 gab es in Deutschland weder eine zentrale Steuerung des Kulturschutzes, noch eine einheitliche Meinung zu konkreten Vorkehrungen, die über den einfachen Brandschutz oder Verdunkelungsvorschriften hinausgingen. Die Vorsorge vor den Folgen des Krieges war in theoretischen Überlegungen steckengeblieben, praktisch und organisatorisch war man unvorbereitet. Die Auswirkungen dieser unbefriedigenden Lage lassen sich am Beispiel des Schicksals des Politischen Archivs zeigen.

I. Raumdefizite des Politischen Archivs

Vorläufer dieses Archivs war die Registratur der Politischen Abteilung, das 1837 gegründete Zentralbüro[4] des preußischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Erst nach dem Ersten Weltkrieg wurde 1920 eine eigenständige Arbeitseinheit geschaffen, welche das gesamte, in der Berliner Zentrale und den deutschen Auslandsvertretungen entstandene Schriftgut seit 1867 aufnehmen sollte. Die Akten des preußischen Ministeriums aus der Zeit bis 1866 wurden 1921 an das preußische Geheime Staatsarchiv abgegeben, das seinerseits Akten an das Auswärtige Amt zurückgab. Im Zuge einer organisatorischen Umstellung dieser Behörde im Frühjahr 1920 gelangten die alten Aktenserien der bisherigen Abteilungen in das am 3. August 1920 errichtete Hauptarchiv. Es wurde am 16. April 1921 ein selbständiges Referat, am 1. Februar 1924 erhielt es die Bezeichnung Politisches Archiv. Von Beginn an war klar, daß die Bedingungen für die Einrichtung eines großen Behördenarchivs nicht günstig waren. Im Fall einer baulichen Erweiterung forderte Archivleiter Her-

---

[2] Zu Zipfel siehe Walter Vogel, Der Kampf um das geistige Erbe. Zur Geschichte der Reichsarchividee und des Reichsarchivs als „geistiger Tempel deutscher Einheit", Bonn 1994, S. 71 ff., und Musial, Archive, S. 109 und 209 ff.

[3] Vgl. ebenda, S. 92; siehe auch Runderlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei betr. Richtlinien für die Durchführung des Luftschutzes in Museen, Büchereien, Archiven und ähnlichen Kulturstätten (Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern 1939, Nr. 37, S. 1871), in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn (künftig: PA/AA), R 26937.

[4] Vgl. Hans Philippi, Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes, in: Der Archivar 11 (1958), Sp. 139–150; derselbe, Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes. Rückführung und Übersicht über die Bestände, in: Ebenda 13 (1960), S. 199–218; Heinz Günther Sasse, Das Politische Archiv des Auswärtigen Amts, in: Almanach 1968 des Carl Heymanns Verlags, Bonn 1967, S. 125–137; Ludwig Biewer, Das Politische Archiv des Auswärtigen Amts, in: Auswärtiger Dienst 58 (1997), H. III/IV.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mann Meyer 1920 von der Leitungsebene den dreifachen Platz, womit die Raumfrage „für etwa 30 bis 50 Jahre gelöst" sein würde[5]. Das Politische Archiv mußte aber für lange Zeit mit den bestehenden Magazinräumen und Aktenböden in der Wilhelmstraße zurechtkommen. Eine nochmalige strukturelle Veränderung des Amts brachte 1936 auch die Registraturen ab 1920 ins Archiv. Das Raumdefizit wuchs sich zur Notsituation aus, als während der Sudetenkrise ein geheimer Runderlaß für den Mobilmachungsfall den Auslandsvertretungen die Gelegenheit gab, sich von alten Akten zu entlasten, wodurch das Archiv in unerwartetem Ausmaß mit Neuzugängen konfrontiert wurde. Archivleiter Werner Frauendienst stellte 1938 fest: „Der im Pol[itischen] Archiv noch verfügbare freie Raum ist dadurch schon heute bis zum letzten Aktenfach gefüllt."[6]

Um den Aktenansturm zu bewältigen, wurden erstmals Räume außerhalb des Amts genutzt. Man hatte, um Platz zu schaffen, bereits Bestände aus der Zeit bis 1890 an das Reichsarchiv abgegeben: Akten der Personal- und Verwaltungs-, der Handels- und der Rechtsabteilung. Für die politischen Akten ab 1867 galt eine auch vom Reichsarchiv als berechtigt anerkannte Sonderregelung, dieser Bestand sollte „aus politischen Gründen" im Auswärtigen Amt verbleiben, da er häufiger als die Dokumente anderer Oberster Reichsbehörden für den Dienstbetrieb benötigt werde. Für die in Potsdam untergebrachten Bestände des Amts sagte der Oberarchivrat im Reichsarchiv Heinrich Otto Meisner jederzeitige Verfügbarkeit zu, auch durften sie nicht für privatwissenschaftliche Zwecke genutzt werden. Grundsätzlich aber war das Amt bemüht, dem Erlaß des Reichsministers des Innern vom 11. Dezember 1931 zu entsprechen und seine Akten, die nach Prüfung durch das Politische Archiv abgabereif waren, dem Reichsarchiv zuzuleiten[7].

Mitte 1940 verschärfte das Insistieren des Betriebsluftschutzleiters auf Räumung der Dachböden und zweier Keller die räumlichen Probleme. Legationsrat Johannes Ullrich, seit 18. November 1938 Leiter des Politischen Archivs[8], reagierte mit Aus- und Umlagerungen, er benutzte auch ungeschützte Bereiche wie etwa die Korridore[9].

---

[5] Meyer an Schüler, 19. 6. 1920, in: PA/AA, R 26765.

[6] Frauendienst an Dienstmann, 23. 9. 1938, in: Ebenda, (e. o. Pol. Arch. 1216). Frauendienst war Mitarbeiter der Edition „Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914", er leitete als Legationssekretär das Politische Archiv 1935 bis 1938, bevor er eine Professur in Halle übernahm. Seit 1942 Professor in Berlin, war er ab Januar 1943 auch bei der Archivkommission tätig.

[7] Aufzeichnung Frauendiensts und Ullrichs, 6. 1. 1938 (Pol. Arch. 13/38) und Aufzeichnung Frauendiensts, 31. 1. 1938 (zu Pol. Arch. 117), in: PA/AA, R 26934; zu den Abgaben an das Reichsarchiv in den Jahren 1924 bis 1941 siehe Herrmann, Reichsarchiv, S. 198 (Anm. 347), 365–368, 517–519 u. 527.

[8] Zur Person Ullrichs (1902–1965) siehe die Nachrufe von Hans Philippi in: Der Archivar 20 (1967), Sp. 97–100 und Ernst Posner in: The American Archivist 29 (1966), S. 405–408, die von Minister Schröder gez. Todesanzeige im Bonner General-Anzeiger am 28. 12. 1965; Niels Hansen, Ein wahrer Held jener Zeit. Zum dreißigsten Todestag von Johannes Ullrich, in: Historische Mitteilungen 9 (1996), S. 95–109.

[9] Vgl. Aufzeichnung Krügers für Ullrich, 20. 5. 1940 (zu Pol. Arch. 936), Ullrich an Hausverwaltung, 17. 6. 1940 (e. o. Pol. Arch. 1135), Aufzeichnung Krügers vom Oktober 1940 (e. o. Pol. Arch. 1975), Aufzeichnung Ullrichs vom 17. 9. 1940 (e. o. Pol. Arch. 1852), in: PA/AA, R 26765.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Hausverwaltung verwies darauf, daß auch andere Abteilungen mit Raummangel zu kämpfen hätten und es deshalb keinen Zweck habe, ständig zu drängen[10].

II. Die „Kommission zur Auswertung erbeuteter Akten"

Der Kriegsausbruch veränderte die Lage dramatisch, denn nun mußten auch die beschlagnahmten Akten aus den Außenministerien der eroberten Länder in Berlin gelagert und gesichtet werden. Das von Vertretern des Auswärtigen Amts konfiszierte Material wurde an das Politische Archiv und an die „Kommission zur Auswertung erbeuteter Akten" unter der Leitung des Gesandten Karl Dienstmann abgegeben. Dieser schrieb am 31. Oktober 1939: „Auf Wunsch des Herrn Reichsaußenministers hat die Sichtung und Prüfung der Akten des ehemaligen Polnischen Außenministeriums sofort zu beginnen."[11] Ullrich reiste im Oktober 1939 nach Warschau, um den Abtransport von „ungefähr 80 Kisten" vorzubereiten[12]. Beabsichtigt war die Erarbeitung aktueller Propaganda-Weißbücher[13] unter Leitung des letzten deutschen Botschafters in Warschau, Hans-Adolf von Moltke. Im April 1940 waren Dienstmann, Ullrich und Legationssekretär Graf Meran auf Anordnung des Reichsaußenministers Ribbentrop nach Oslo gereist, um norwegische Archive zu sichten und Dokumente nach Berlin zu transportieren. Die Verzeichnung des Materials übernahm das Politische Archiv, das auch für den ordnungsgemäßen Verbleib der Akten verantwortlich war, für die Auswertung wurden sie von Moltke zugänglich gemacht[14]. Im August 1940 kündigte Ullrich im Auftrag des Auswärtigen Amts dem OKW die Entsendung einer Kommission an, die in Tours nachgewiesene Akten des französischen Außenministeriums überprüfen sollte. Ihr gehörten u. a. der Archivar Kurt Jagow[15] sowie

---

[10] Vgl. Aufzeichnung Andres' für Pers. D., 31. 5. 1941 (e. o. Pol. Arch. 961), Hauserlaß Dg. V. vom 14. 6. 1941 (gez. Schwager), in: Ebenda.

[11] Aufzeichnung Dienstmanns, 31. 10. 1939, in: PA/AA, R 26999 (e. o. Pol. Arch. 1970).

[12] Telegramm Ullrichs aus Warschau, 14. 10. 1939, Aufzeichnung Ullrichs für Saller, 19. 10. 1939 (3678/E 034695), und Entwurf eines Schreibens Dienstmanns an Künsberg, 8. 4. 1941 (3678/E 034722) in: Ebenda.

[13] Das erste Weißbuch dieser Art, das offen aus erbeuteten Akten schöpfte, war: Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Erste Folge, hrsg. vom Auswärtigen Amt der Deutschen Regierung, Dokumente und Urkunden zum Kriegsausbruch September 1939, Fasc. 10, Basel 1940. Die Vorbemerkung zu den 14 wiedergegebenen Dokumenten lautet: „Nach der Besetzung Warschaus sind wichtige Teile der Archive des früheren Polnischen Außenministeriums in deutsche Hand gefallen. Das Auswärtige Amt hat mit der Durchsicht der umfangreichen Aktenstücke begonnen und wird sie, soweit sie für die Vorgeschichte des Krieges von Bedeutung oder sonst von allgemeinem Interesse sind, fortlaufend veröffentlichen. Die erste Folge dieser Dokumente wird in Faksimiledruck mit deutscher Übersetzung hiermit der Öffentlichkeit übergeben. Die Dokumente sprechen für sich selbst und bedürfen keines Kommentars."

[14] Vgl. Aufzeichnungen Dienstmanns, 22. 4. 1940 (3678/E 034829–30), Bräuers für Weizsäcker, 23. 4. 1940 (3678/E 034831–32), und Ullrichs für Moltke, 30. 4. 1940 (e. o. Pol. Arch. 818), in: PA/AA, R 27001.

[15] Jagow war Leiter des Brandenburgisch-preußischen Hausarchivs. Für die Dauer des Krieges wur-

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Peter Klassen (Leiter des Politischen Archivs 1954–1956) und Heinz Günther Sasse (Leiter des Politischen Archivs 1966–1971) an. Nach einem Bericht Jagows wurde „vordringlich zur Bearbeitung geeignet erscheinendes Material" nach Berlin überführt[16]. Zuständig waren die Mitarbeiter des Auswärtigen Amts auch für Archivgut aus den Niederlanden[17]. Daß sämtliche Staatsverträge aus Den Haag nach Berlin gekommen waren, hielt man hier jedoch für unsinnig. Auch 1000 Kisten belgischer Originalakten wurden von Berlin nach Brüssel zurückgebracht[18].

Für die Beschlagnahme von Akten stand dem Auswärtigen Amt das „Sonderkommando Künsberg" zur Verfügung[19]. Eberhard Freiherr von Künsberg, Legationssekretär und SS-Sturmbannführer, hatte den Auftrag, in erster Linie Akten des Außenministeriums eines von deutschen Truppen besetzten Landes und der diplomatischen Missionen der Feindstaaten aufzuspüren sowie wichtige Unterlagen nach Berlin zu bringen. Diese Einheit operierte in direkter Frontnähe und erbeutete Akten und Karten in großer Menge[20]. Im August 1941 wurde diese Gruppe der Waffen-SS eingegliedert, aber noch Ende 1942 waren 19 Beamte und Angestellte des Auswärtigen Amts Angehörige des Sonderkommandos[21].

---

de er als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt dienstverpflichtet und mit der Organisation der Archivkommission beauftragt.

16 I. A. Ullrich an Passierscheinhauptstelle OKW, 28. 8. 1940 (e. o. Pol. Arch. 1716), i. A. Ullrich an Abetz, 4. 9. 1940 mit zweiseitiger Anlage mit Instruktionen für die nach Paris entsandten Kommissionsmitglieder (3678/E 034899–902), Aufzeichnung Jagows für Moltke, 27. 9. 1940 (3678/E 034936–66), S. 26, in: PA/AA, R 27004. Wegen seiner Mitarbeit in der Archivkommission und eines 1941 veröffentlichten Buchs „England/Deutschlands Widerpart. Die deutsch-englischen Beziehungen von 1815–1940" durfte Sasse nach Absprache der vier Hauptherausgeber der Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (künftig: ADAP) nicht als Bearbeiter des Bandes III der Serie C (Göttingen 1973) genannt werden. Sasse war nicht Mitglied der NSDAP.

17 Vgl. PA/AA, R 27002, ferner R 26986 (Belgien), und R 27005 (Luxemburg).

18 Vgl. Aufzeichnung Matthaesius', 18. 7. 1960, in: PA/AA, B 118, Bd. 334.

19 Vgl. Horst Kißmehl, „Kriegswichtige Zielobjekte – Akten, Archive, Bibliotheken". Zur Bedeutung, Organisation und Praxis faschistischer deutscher Kriegsbeute-Raubaktionen im Zweiten Weltkrieg, in: Burchard Brentjes (Hrsg.), Wissenschaft unter dem NS-Regime, Schöneiche b. Berlin 1992, S. 132–155; Musial, Archive, S. 139; Ulrike Hartung, Raubzüge in der Sowjetunion. Das Sonderkommando Künsberg 1941–1943, Bremen 1997; Anja Heuß, Die „Beuteorganisation" des Auswärtigen Amtes. Das Sonderkommando Künsberg und der Kulturgutraub in der Sowjetunion, in: VfZ 45 (1997), S. 535–556.

20 Siehe hierzu die Aufzeichnung Jagows für Moltke, 3. 7. 1940, in: PA/AA, R 26765 (Pol. Arch. 1281), sowie den 60-seitigen vermutlich von Bernhard Nitsch verfaßten „Bericht über den Einsatz des Sonderkommandos AA in Holland, Belgien und Frankreich" vom 19. 12. 1940, in: PA/AA, R 27529, und das 92-seitige „Druckstück" des Sonderkommandos aus dem Jahr 1941: „Meldungen vom Einsatz in den baltischen Ländern" mit einer Liste der erbeuteten Bestände, in: PA/AA, R 27003. Hier heißt es, die Akten seien „vor der Vernichtung bewahrt und in Sicherheit gebracht" worden. Sie standen im Auswärtigen Amt „den einzelnen zuständigen Ressorts auf Anforderung jederzeit geordnet zur Verfügung" (S. 70). Der Geographische Dienst des Amts hielt die 15000 beschlagnahmten Karten zur Verfügung aller beteiligten Dienststellen (S. 80).

21 Vgl. Vortragsnotiz Künsbergs, 21. 8. 1941, geheime Weisung Dörnbergs für Nitsch und Künsberg, 7. 3. 1942, in: PA/AA, R 27574.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei den Beuteaktionen des Auswärtigen Amts kam es zu einer unverbindlichen Verständigung des Politischen Archivs mit Zipfel, der seit dem 22. Mai 1940 als „Kommissar für den Archivschutz" auch für die Sicherstellung fremder Archive in Westeuropa zuständig war. Auf dessen Bitte um enge Zusammenarbeit zwischen den Archivkommissionen erwiderte Ullrich: „Von seiten des A[uswärtigen] A[mts] ist alles Erforderliche geschehen, um die Sicherstellung oder Wiederherbeischaffung des politisch aktuellen Schriftgutes in den besetzten Gebieten zu gewährleisten. Für den Fall, daß verschlepptes oder verstecktes Archivgut festgestellt wird, das für politische Zwecke nicht verwertbar erscheint, wird das A. A. gern davon Mitteilung machen. Dasselbe gilt für Archivalien, von deren Verbleib das A. A. Kenntnis erhält."[22]

Die Kommissionsarbeit zur Auswertung erbeuteter Akten genoß deutliche Priorität bei der Raumzuteilung. Außer den Mitarbeitern des Amts waren zahlreiche Archivare und Historiker mit den fremden Dokumenten beschäftigt. Bis Ende Oktober 1940 wurde die Archivkommission unter der organisatorischen Verantwortung des Leiters des Politischen Archivs geführt. Nach Übernahme des Generalkonsulats in Leningrad durch Dienstmann im Juni 1940 versuchte die Politische Abteilung das Archiv aus der Verwaltungsabteilung herauszulösen, um es sich unter der Leitung des Botschafters von Moltke anzugliedern. Ullrich begegnete dieser Absicht durch Abspaltung jener Aufgaben der Archivkommission, die sich mit der Betreuung und Auswertung der fremden Akten befaßten[23]. Sie erhielt zum 1. November 1940 eigenen Referatsstatus, blieb aber innerhalb der Personal- und Verwaltungsabteilung, Leiter wurde Gesandter z. D. Eckhard von Schack[24]; bis Mitte 1942 war die Kommission von Moltke als Sonderbeauftragtem des Reichsaußenministers unterstellt.

Die militärischen Erfolge der ersten Kriegsjahre hatten die Archivare nicht sensibler gemacht für die Sicherung ihrer eigenen Bestände. Neben dem Auswärtigen Amt hatten auch andere staatliche Einrichtungen und Institutionen der NSDAP damit begonnen, Archivmaterial in den besetzten Territorien mit dem Ziel zu suchen, es in das Reich „zurückzuholen" oder zu verfilmen. Zipfels Zuständigkeit in Westeuropa wurde zuerst (21. April 1941) auf sämtliche besetzten Gebiete ausgeweitet; am 23. Juli 1942 wurde er Kommissar für den Archivschutz für das gesamte Reichsgebiet. In Frankreich richtete er 1940 eine „Gruppe Archivwesen" beim Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers in Paris unter der Leitung des Staatsarchivdirektors Georg Schnath ein, der 15 wissenschaftliche Mitarbeiter angehörten[25].

---

[22] Zipfel an Politisches Archiv, 2. 7. 1940, und i. A. Ullrich an Zipfel, 13. 7. 1940, in: PA/AA, R 27004 (3678/E 034861–62).

[23] Vgl. Aufzeichnung Andres' für Melchers, 21. 5. 1951, in: PA/AA, B 118, Bd. 785.

[24] Vgl. Aufzeichnung Ullrichs für Abt. Pers., 8. 10. 1940, und Erlaß Schroeders vom 1. 11. 1940, in: PA/AA, R 27004 (3678/E 034969–71).

[25] Vgl. Herrmann, Reichsarchiv, S. 454; Michael Burleigh, Germany turns eastwards: a study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge 1988; Karl Heinz Roth, Eine höhere Form des Plünderns. Der Abschlußbericht der „Gruppe Archivwesen" der deutschen Militärverwaltung in Frankreich 1940–1944, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 4 (1989) H. 2, S. 79–112; Musial, Archive, S. 130–206. Vgl. auch die Aufzeichnung Zipfels vom

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Schicksal der vom Auswärtigen Amt erbeuteten Dokumente ist nicht im einzelnen nachzuverfolgen, es war wohl auch ganz unterschiedlich. Wurden belgische und niederländische Akten der jeweiligen Außenministerien zum größten Teil noch im Krieg in ihre Ursprungsländer zurückgebracht, blieb das weitaus meiste des französischen Materials gleich in Paris. Die Franzosen hatten ihre Archive bei Kriegsausbruch dezentralisiert. Nach der deutschen Besetzung wurde die Hauptmasse der aufgefundenen diplomatischen Akten wieder im Quai d'Orsay zusammengeführt, aufgestellt und neue Repertorien gefertigt. Friedrich Matthaesius, damals als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in der Archivkommission tätig, bezeichnete später diese Arbeit Sasses und seines Nachfolgers Prof. Herbert Michaelis als „musterhaft". Die Leitung der Zweigstelle der Archivkommission des Auswärtigen Amts in Paris, der zeitweise bis zu 17 Historiker (u. a. Martin Göhring, Erwin Hölzle, Helmut Krausnick und Wolfgang Windelband) angehörten, lag in den Händen von Prof. Dr. Ludwig Zimmermann, von Februar 1943 an übernahm sie Generalkonsul a. D. Carl Heinrich Walther. Die Auswertung der Akten erfolgte hauptsächlich durch Verfilmung. Mit zehn Filmapparaten wurden Mikrofilme gefertigt, die, in Berlin unter Leitung Prof. Johannes Spörls entwickelt, in rund 200 Kästen (30 × 35 cm) eingeordnet, eine Art Ersatzarchiv ergaben. Dieses soll nur aus Auszügen über solche politischen Vorgänge seit dem 16. Jahrhundert bestanden haben, „die bis dahin von französischen Historikern verschwiegen worden" waren. Künsbergs Beute aus Paris gelangte auf drei LKWs ebenfalls nach Berlin. Diese Originalakten und die Mikrofilme wurden im Kriegsverlauf verlagert und dabei auseinandergerissen. Nach Sasse handelte es sich „vor allem um Teile der Telegrammsammlung (wohl ab 1933), ferner die Berichtssammlung des Botschafters François-Poncet (Berlin-Rom) und Berichte des französischen Botschafters in Brüssel" sowie die Sammlung der eingegangenen Telegramme. Diese Akten wurden teilweise in Berlin durch Kriegseinwirkung zerstört oder von alliierten Truppen beschlagnahmt. Die Filme lagerte von Schack im Weinkeller seines Gutes Schreibendorf im Riesengebirge. Vor der heranrückenden Roten Armee sicherte sein Nachfolger als Leiter der Archivkommission, Prof. Carl A. Willemsen, das Material im Schloß Ebersdorf/Thüringen. Dort beschlagnahmten es US-Truppen. 40 Kisten Mikrofilmkopien befanden sich noch Mitte der fünfziger Jahre im Keller des State Department in Washington, bevor sie nach Frankreich gelangten[26].

Während die von Deutschland „eroberten" (Schnath) Archive bereits in die Kriegswirren geraten waren, verdrängte offenbar die Siegeseuphorie Gedanken an die mögliche Bedrohung der eigenen Sammlungen. Bei dem Treffen der Archivleiter

7. 10. 1940 über den „Einsatz deutscher Archive im westlichen Operationsgebiet" und Zipfels „Denkschrift über Leistungen des Archivschutzes für die Wissenschaft" mit Schreiben vom 26. 11. 1941 an das Politische Archiv, in: PA/AA, R 27004 (3678/E 034972–77 und E 0356004–21).

[26] Aufzeichnung Sasses, 25. 5. 1960, Wender an Bundesamt für äußere Restitutionen, 31. 5. 1960, Aufzeichnung Matthaesius' vom 18. 7. 1960 („musterhaft"), Schack an Ullrich, 19. 7. 1960, in: PA/AA, B 118, Bd. 334.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Berlin im Oktober 1941 war man einhellig gegen Auslagerungen. Obwohl einige Archive in geringem Ausmaß andere Wege gingen, bezeichnete Zipfel noch am 7. April 1942 das gesicherte Magazin als den besten Aufbewahrungsort[27].

III. Probleme des Archivschutzes im Kriege

Massive alliierte Luftangriffe erzwangen schon bald ein Umdenken. Zipfel legte am 1. Mai 1942 eine 20-Prozentrate für die Archivalien fest, die in Ausweichstellen auseinanderzuziehen seien[28]. Die Menge der wegzubringenden Archivalien sei vom Grad der Gefährdung des Gebiets abhängig zu machen. Goebbels regte die Zentralisierung notwendiger Präventionsmaßnahmen an, worauf Martin Bormann als Leiter der Parteikanzlei Anfang Mai alle Gauleiter persönlich verantwortlich machte, kulturelle Werte, wozu auch Archivalien gehörten, brand- und bombensicher unterzubringen: „Höchst bedauerlicherweise sind bei verschiedenen schweren Bombenangriffen auf deutsche Städte unersetzliche Kulturwerte (Ölgemälde, Stiche, Möbel, wertvolle Akten und Bücher, Noten, Architekturzeichnungen usw.) verbrannt. Damit dergleichen Verluste nicht wieder eintreten, haben die Gauleiter dafür zu sorgen, daß sämtliche Kulturwerte ihrer Gaue bomben- und brandsicher untergebracht werden. Der Führer macht die Gauleiter, wie ich [Bormann] im Auftrage mitteile, voll für die notwendigen Maßnahmen verantwortlich. Sollten irgendwelche Schwierigkeiten auftreten, ist umgehend zu berichten."[29] In dieser Situation arbeitete Zipfel „Richtlinien zur Durchführung des Luftschutzes in Archiven" aus, die ein Erlaß des Reichsministers des Innern am 23. Juli 1942 verbindlich machte. Hierin wurden zwar immer noch die modernen Archivgebäude mit ihren Betondecken als der relativ sicherste Ort bezeichnet, die Verschärfung des Luftkriegs ließ aber die Risiken der Flüchtung von Archivalien geringer erscheinen. „Als geeignete Ausweichstellen sind besonders Schlösser, Domänen, Klöster usw. anzusehen." Als Voraussetzungen wurden genannt: Einzellage, Stein- oder Eisenbauweise, Heizung, Ungezieferfreiheit, Meidung gefährlicher Nachbarschaft, Sicherstellung eines raschen Brandschutzes, ständige Betreuung im besten Fall durch Archivpersonal. Auch die Verlagerung kleinerer Bestände in Banktresore wurde empfohlen[30].

Unter dem Eindruck der Zerstörungen durch die sich verstärkenden Bombardements hob Zipfel am 15. März 1943 die schon von einigen Archiven überschrittene 20-Prozentgrenze auf. Das Reichsarchiv verlagerte seine Bestände ab August in die

---

[27] Vgl. Herrmann, Reichsarchiv, S. 454f.

[28] Vgl. Musial, Archive, S. 117; Herrmann, Reichsarchiv, S. 461.

[29] Runderlaß der Parteikanzlei Nr. 61/42 vom 5. 5. 1942, zit. nach: Verfügungen, Anordnungen, Bekanntgaben, I. Band, hrsg. von der Partei-Kanzlei, München o. J. [1942].

[30] Zwei Runderlasse des Reichsministers des Innern vom 23. 7. 1942, in: PA/AA, R 26737 (VI c 6276/42 II – 6080, gez. i. V. Pfundtner) mit anliegenden Richtlinien zur Durchführung des Luftschutzes in Archiven; siehe auch den Runderlaß des Reichsministers des Innern vom 11. 9. 1942 „Sicherung des behördlichen Schriftgutes gegen Luftgefahren", in: Ebenda, (VI c 6346/42 – 6080).

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kalibergwerke bei Staßfurt und Schönebeck, es schützte sie damit nicht nur gegen Gefahren aus der Luft, sondern auch gegen Erdkämpfe. Während einer Archivdirektorenkonferenz in Würzburg vom 22.–24. September 1943 erweiterte Zipfel die Flüchtungsrate auf mindestens 50 Prozent. Zu diesem Zeitpunkt hatten die meisten der größeren Archive wie in Berlin-Dahlem, München, Düsseldorf, Magdeburg und Nürnberg bereits mehr als fünfzig Prozent ausgelagert[31].

Die Haltung des Politischen Archivs zu Verlagerungsmaßnahmen, die allein dem Schutz der Aktenbestände zuzurechnen sind, ist nicht eindeutig. Einerseits wurde die Auslagerung von im preußischen Geheimen Staatsarchiv lagernden Archivalien des Auswärtigen Amts in einen Geschützturm der Flakbatterie am Friedrichshain (Turm 4) zugestanden, wo sie mit ca. 7500 Paketen ab Herbst 1942 eingelagert wurden[32]. Dieser Bestand, wie auch die in die Bergwerken von Staßfurt und Schönebeck ausgelagerte Hauptmasse des Geheimen Staatsarchivs, überstanden den Krieg mit nur geringen Verlusten. Zu einer Auslagerung von Akten des Auswärtigen Amts aus dem Reichsarchiv nach Schloß Schwedt an der Oder kam es dagegen wegen des Einspruchs des Amts nicht. Am 29. Juni 1942 erbat das Reichsarchiv vom Auswärtigen Amt eine Stellungnahme zur Frage des Schutzes seiner Akten. Das Potsdamer Archiv schrieb, daß das Erdgeschoß seines Magazingebäudes, hier befanden sich die Reichsarchivakten, der „nach menschlichem Ermessen sicherste" Ort sei, da die Bestände des Heeresarchivs darüber lagerten und wie „eine vielfache Isolierschicht wirken müßte". Zudem sei die vom Auswärtigen Amt verlangte „möglichst schnelle" Verfügbarkeit der Dokumente – Akten der Handels-, der Rechts- und der ehemaligen Kolonialabteilung – gewährleistet. Diese Argumente verdrängten den Gedanken an eine Flüchtung[33]. Der Schutz gegen Luftgefährdungen beschränkte sich deshalb bis ins Jahr 1943 hinein lediglich auf die Anforderung von Utensilien wie Feuerpatschen, Sandtüten oder Wassereimern[34]. Es ging darum, die Auflagen des Betriebsluftschutzleiters zu Verdunkelung, Branddämmung, Splitterschutz, Fenstervermauerung und den Selbstschutz zu erfüllen.

IV. Die Evakuierung des Politischen Archivs

Nach den Bombardierungen Ende März 1943 überprüfte das Referat Pers. S (Sicherheitsfragen) die „Sicherheitsverhältnisse unserer Dienststellen", am 7. Mai wurden Angaben über die Unterbringung der Akten in der Taubenstraße angefordert. Ull-

[31] Vgl. Musial, Archive, S. 120.

[32] Vgl. Brennecke an Pol. Arch., 18. 6. 1942, in: PA/AA, R 26737 (G. St. A. Nr. I 1335/42), hierzu Vermerk Bergmanns vom 29. 6. 1942, in: Ebenda (zu Pol. Arch. 1406), und auf demselben Blatt die handschriftliche Notiz Andres' vom 17. 7. 1942, sowie Brennecke an Pol. Arch., 26. 2. 1943, in: Ebenda, (I 330/43). Vgl. auch Nissen, Schicksal, S. 148.

[33] Direktor des Reichsarchivs (i. V. Cron) an AA, 29. 6. 1942, i. A. Andres an Reichsarchiv, 7. 7. 1942, in: PA/AA, R 26737 (V 17 – 2009/42) und (zu Pol. Arch. 1479).

[34] Vgl. Sibbers an Andres, 16. 1. 1943, in: Ebenda.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richs Antwort trägt das Datum vom 20. Mai, ging aber erst am 24. Mai an das Referat für Sicherheitsfragen ab[35]. Warum diese Verzögerung? Der Archivleiter hatte seinen Vorgesetzten, Ministerialdirigent Helmut Bergmann, davon unterrichtet, daß er – zunächst nur telefonisch – „geeignete Räume zur Sicherstellung größerer Bestände der historischen Akten" im Schloß Blankenburg/Harz suche. Bergmann stimmte dem zu, es sei aber die Genehmigung „noch an höherer Stelle" einzuholen[36]. Das zuständige Referat Pers. D (Liegenschaften) gab grünes Licht, „sofern die höheren Orts einzuholende Genehmigung zur Verlegung der in Frage stehenden Archivbestände nach einem Ort außerhalb Berlins inzwischen erteilt worden ist"[37]. Diese Erlaubnis lag am 21. Mai in Form einer nicht überlieferten Weisung des Ministerialdirektors Hans Schroeder vor, sie kann auch mündlich erteilt worden sein. Ullrich reagierte sofort und machte die Entscheidung für die zuständigen Stellen des Auswärtigen Amts aktenkundig: „Auf Weisung des Herrn Dir. Pers. [Schroeder] sollen gewisse Bestände des Politischen Archivs aus Berlin an sichere Aufbewahrungsorte verbracht werden."[38] Damit hatte Ullrich die eindeutige Rückendeckung seiner Vorgesetzten für die Flüchtung des Archivs erhalten. Diese Weisung ist eine Reaktion auf alliierte Luftangriffe und steht im Zusammenhang mit der Anordnung Zipfels vom 15. März 1943, eine weitestgehende Räumung der Archive durchzuführen. Die Maßnahme kam nicht zu früh, denn Ende 1943 verzeichnete das Auswärtige Amt Totalschäden in verschiedenen Dependancen, auch die Hauptgebäude wiesen starke Brandschäden auf[39].

Die Weisung, die historischen Akten zu evakuieren, war auf dem normalen Instanzenweg der Behörde erfolgt, die „höhere Stelle" hatte entschieden. Ullrich schilderte 1957 den Vorgang so: „Mit der sich steigernden Luftgefahr im Raum Berlin wurde die Frage der Evakuierung des Politischen Archivs immer dringender. Als am 1. März 1943 der erste schwere Angriff auf Berlin erfolgt war und das Regierungsviertel, insbesondere das Auswärtige Amt, vorerst noch schweren Schädigungen entgangen war, entschloß sich der Leiter des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts mit dem Ministerialdirektor der Personalabteilung Schroeder, dem das Politische Archiv unterstand, über die Notwendigkeit von Evakuierungsmaßnahmen zu sprechen. Die zuerst bestehenden Bedenken, den Ärger des Reichsaußenministers zu erregen, weil man in der Evakuierung ein Beweisstück defätistischer Auffassung über die Kriegslage hätte erkennen können, wurden schließlich beiseite geschoben, und der Leiter des Politischen Archivs bekam die heimliche Weisung, auf Risiko die Vorbereitungen zur Evakuierung des Archivs zu

[35] Dienstmann an Sibbers, 7. 5. 1943 (zu Pers 86/43 g Ang. II) und Aufzeichnung Ullrichs für Pers. S., 20. 5. 1943, in: Ebenda.

[36] Aufzeichnung Ullrichs für Pannwitz, 20. 5. 1943, in: Bundesarchiv/Abteilungen Reich und DDR, Berlin-Lichterfelde (künftig: BA Berlin), 69136, Bl. 8 Rückseite.

[37] Pannwitz an Ullrich, 21. 5. 1943 in: Ebenda, Bl. 8.

[38] Aufzeichnung Ullrichs für Pers. H, 21. 5. 1943 in: Ebenda, Bl. 10.

[39] Vgl. Aufstellung in: PA/AA, Nachlaß Sasse, Nr. 120 „Geschichte des AA – Ausweichaktion, letzte Phase, Auflösung".

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

treffen."[40] Ähnlich äußerte sich der Archivmitarbeiter Heinrich Valentin im Juli 1945: „Obwohl damals noch die Gefahr bestand, daß derjenige, der solche Gedanken vortrug, des Defätismus beschuldigt wurde, erreichte Legationsrat Dr. Ullrich [...] dennoch die Zustimmung der zuständigen Amtsstellen für eine zunächst allerdings nur sehr begrenzte Evakuierung."[41]

Der amerikanische Publizist Julius Epstein dramatisierte und überzeichnete nach Ullrichs Tod dessen Darstellung: „Hätte er [Ullrich] jemals zu seinem Chef, der natürlich Reichsaußenminister von Ribbentrop war, von seinem Plan gesprochen, hätte ihn dieser als ‚Defätisten' einsperren und von Freislers Volksgerichtshof zum Tode verurteilen lassen. 1943 gelang es Dr. Ullrich mit Unterstützung einiger anderer Hitler-Gegner des Auswärtigen Amtes, einige 56000 Pakete mit Dokumenten in den Harz zu verlagern, wo sie in sicheren, trockenen Kellern versteckt wurden. [...] Das alles geschah unter den Augen von Hitler und Ribbentrop; glücklicherweise erfuhren diese niemals etwas davon."[42] Epstein kannte Ullrichs Aufzeichnung und veröffentlichte sie gekürzt am 26. März 1966 in der „Welt"[43]. Der emigrierte ehemalige Archivar am Geheimen Staatsarchiv Ernst Posner beschrieb im Juli 1966 Ullrichs Tätigkeit als besonders sensitiv und als Tanz auf dem Vulkan[44]. Auch Hans-Jürgen Döscher folgt diesen Angaben in seinem Buch über den Neubeginn des Auswärtigen Amts unter Adenauer[45].

1966 kam es in der „New York Times" zu einer Leserbriefkontroverse über Ullrichs Anteil an der Erhaltung der Bestände des Politischen Archivs. Gegen die Darstellung Julius Epsteins (10. Februar), der hier wie in der „Welt" argumentierte, wandte sich am 1. März der 1939 aus Deutschland emigrierte Rechtsanwalt Frederick Wallach, der 1946/47 in der amerikanischen Besatzungsverwaltung in Deutschland tätig gewesen war. Er protestierte gegen die unangemessene Heroisierung Ullrichs und bezweifelte, daß die Verlagerung der Akten heimlich geschehen sei. In ei-

---

[40] Handschriftlich korrigierte Aufzeichnung Ullrichs, 20. 8. [1957], S. 1, in: PA/AA, B 118, Bd. 785. Ullrichs Amtsnachfolger Sasse notierte auf dem Umschlag: „Version Dr. U." Ein weiteres Exemplar mit handschriftlichen Korrekturen Ullrichs befindet sich in: Ebenda, Bd. 113. Einige Punkte übernahm Ullrich aus einer Darstellung Andres', der von 1951–1953 das Politische Archiv leitete, mit dem Titel: „Die Akten des Auswärtigen Amts, ihre Evakuierung und ihr Verbleib nach der Kapitulation vom 8. Mai 1945". Eine maschinenschriftliche Fassung dieser Aufzeichnung mit korrigierenden handschriftlichen Randbemerkungen Sasses in: Ebenda, Bd. 1, eine handschriftliche Vorlage hierzu vom 27. 3. 1950 mit Anschreiben an Haack vom 29. 3. 1950 in: Ebenda, Bd. 785. Andres starb 1953, Schroeder 1965.

[41] Aufzeichnungen Valentins, 25. 7. 1945, in: PA/AA, Geschäftsakten und Arbeitsunterlagen des Politischen Archivs, Bd. 81 c. Valentin war seit 1940 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt.

[42] Leserbrief Julius Epsteins in: Die Welt, Nr. 29 vom 4. 2. 1966.

[43] Vgl. Johannes Ullrich, „Aktenbewegung" im Bombenhagel, in: Die Welt, Nr. 72 vom 26. 3. 1966. Hier heißt es „heimliche Zustimmung" statt „heimliche Weisung" Schroeders.

[44] Vgl. Posner, Nachruf, S. 405f.

[45] Vgl. Hans-Jürgen Döscher, Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität, Berlin 1995, S. 44.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nem weiteren Leserbrief vom 15. März bestätigte der ehemalige geschäftsführende Herausgeber der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945", Professor Fritz Epstein, diese Ansicht: „Mr. Wallach is correct in pointing out that the evacuation of archives of such magnitude as those of one of the central German Government agencies could not have been surreptitiously done."[46] In seiner unkritischen Würdigung Ullrichs übergeht Botschafter a. D. Niels Hansen diese Aussage Fritz Epsteins und kehrt zur Behauptung von Julius Epstein zurück, die Rettung der Akten „gegen den Widerstand der Partei" sei weitgehend Ullrich zu verdanken[47].

Eine Verlagerung des Politischen Archivs gegen den Willen der Leitungsebene des Auswärtigen Amts und in Konfrontation mit der NSDAP wäre allerdings nicht möglich gewesen, und vor allem sie war auch nicht nötig. Der zuständige Abteilungsleiter Schroeder hätte bei einem Defätismusvorwurf seines Ministers auf die seit Mitte 1942 auf Weisung des Reichsministers des Innern eingeleitete Flüchtung anderer großer Archive hinweisen können. Hansen übersieht auch, daß die NS-Parteikanzlei bereits im Mai 1942 die sichere Unterbringung der Archive angeordnet hatte. Wie Schroeder und Bergmann waren die beteiligten Archivmitarbeiter Hans Andres[48] und Valentin Mitglieder der NSDAP.

Der Kriegsverlauf erzwang eine Evakuierung von Teilen der Arbeitseinheiten der Reichsbehörden, Vorkriegsplanungen wurden jetzt wieder aktuell[49]. Das Auswärtige Amt richtete Mitte Juli 1943 einen Aktionsstab ein, der die Ausweichstellen aussuchen und den Quartierswechsel koordinieren sollte[50]. Ab etwa September 1943 übersiedelten die meisten Dienststellen in den Kur- und Wintersportort Krummhübel im Riesengebirge und dessen Nachbarorte[51]. Der Reichsaußenminister hielt sich zumeist in einem Sonderzug oder in Fuschl bei Salzburg auf. Andere Dienststellen waren in Bad Berka, Bad Gastein, Garmisch, Konstanz, Liebenau,

---

[46] Fritz Epstein, Nazi Archives Rescue, in: New York Times (City-Ausgabe), 15. 3. 1966. Julius Epstein, Johannes Ullrich, in: New York Times (City-Ausgabe), 10. 2. 1966, ebenfalls abgedruckt in der Internationalen Ausgabe am 17. 2. 1966; Frederick Wallach, Nazi Archives Rescue, in: New York Times (City-Ausgabe), 1. 3. 1966, hier heißt es u. a.: „Ullrich, contrary to Mr. Epstein, had done nothing clandestine. This would have been impossible, since the archives captured by the First U. S. Army in the Harz Mountains weighed 485 tons and the Gestapo and Ribbentrop were not as stupid as Hollywood depicts them."

[47] Hansen, Ein wahrer Held, S. 101.

[48] Andres war seit 1938 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt, 1944 wurde er Legationsrat, seit 1940 war er Mitglied der NSDAP.

[49] Siehe eine entsprechende Liste bei Laurenz Demps, Berlin – Wilhelmstraße. Eine Topographie preußisch-deutscher Macht, Berlin 1994, S. 238 f., und ein geheimes „Anschriftenverzeichnis der Ersatzunterkünfte der zivilen Obersten Reichsbehörden in Berlin", in: PA/AA, Handakten Schwager, Dg. V, Bd. 7 „Ausweichstellen".

[50] Diesen Sachverhalt betreffen einige Entwürfe, Aufzeichnungen und interne Erlasse aus der Zeit vom 16. bis 26. 7. 1943, in: BA Berlin, 69023.

[51] Siehe die Abschrift eines geheimen Dienststellenverzeichnisses mit Stand vom 11. 2. 1944, in: Ebenda, Bl. 14.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Salzburg und weiteren Orten untergebracht. In Berlin wurde ein eingeschränkter Dienstbetrieb in der Wilhelmstraße und in ca. 30 Ausweichquartieren aufrecht erhalten.

Nachdem man sich zur Flüchtung der Akten entschlossen hatte, bat Ullrich, „dem Politischen Archiv zur Durchführung von Luftschutzmaßnahmen 4 Packer für 4–5 Wochen zur Verfügung zu stellen"[52]. Welcher Art diese Maßnahmen sein sollten und wofür die Packer benötigt wurden, ergänzte Andres am 28. Mai 1943: „Auf Weisung des Herrn Dir. [ektors der] Pers. [Personal- und Verwaltungsabteilung, Schroeder] sollen größere Aktenbestände des Politischen Archivs Wilhelmstr. 75 und Taubenstraße 23 mit Rücksicht auf die erhöhte Luftgefahr schnellstens aus Berlin fortgeschafft werden. Verhandlungen mit mehreren für die Aufnahme von Akten geeigneten Stellen sind bereits eingeleitet."[53] Parallel zum Beschluß auszuweichen verhandelte man bereits über geeignete Objekte[54]. Zur selben Zeit bot der als Generalkonsul nach Zürich entsandte Dienstmann seine Deutschordensburg Friedland in der Niederlausitz zur Nutzung an[55]. Ullrich faßte die Ausweichmöglichkeiten am 8. Juni zusammen: Schloß Blankenburg (1600 Aktenpakete), Schloß Stolberg/Harz (2500 Pakete), Schloß Falkenstein/Harz (2500 Pakete), weit größerer Raum bot sich auf der Burg Friedland. Entsprechende Mietverträge wurden noch im Juni abgeschlossen. Weitere Räume kamen im September in einem Herrenhaus in Degenershausen bei Ermsleben/Harz hinzu[56]. Die Burg Falkenstein war am 21./22. Juni 1943 das Ziel des ersten Aktentransports[57]. Auf Lastzügen evakuierte das Politische Archiv während des Sommers 1943 nicht nur das historische Archivgut aus der Kaiserzeit, sondern, die Nähe Friedlands zu Berlin nutzend, auch für den Geschäftsgang noch benötigte Akten.

Die Flüchtungsaktion wurde überschattet von einem Unfall während des 24. Transports, der am 15. Oktober nach Degenershausen abging und bei Aschersleben in einer Explosion des gasgetriebenen Lastzugs endete. Das Löschwasser zerstörte einen großen Teil der Ladung, vor allem in der Zugmaschine, einem geschlossenen Möbelwagen. Hierin hatten sich 239 Pakete mit politischen Geheimakten der Jahre 1920–1936 befunden, von denen 50 Prozent zerstört, die andere Hälfte schwer be-

---

52 Vermerk Ullrichs für den Hausinspektor, 24. 5. 1943, in: PA/AA, R 26737.

53 Aufzeichnung Andres' für Pers. H, 28. 5. 1943, in: Ebenda (zu Pol. Arch. 735/43).

54 Vgl. Aufzeichnung Ullrichs für Pers. H, 21. 5. 1943, in: BA Berlin, 69136, Bl. 10; Aufzeichnung Gebhardts vom 4. 6. 1943, in: Ebenda, Bl. 19f.

55 Vgl. Ullrich an Dienstmann, 16. 7. 1943, in: PA/AA, R 26765; Dienstmann an Ullrich, 17. 7. 1943, in: BA Berlin, 69136, Bl. 174f.; Aufzeichnung Griesheims und Valentins für Andres, 4. 6. 1943, in: Ebenda, Bl. 26f.

56 Vgl. Aufzeichnung Ullrichs für Dir. Pers i. V., 8. 6. 1943 und handschriftliche Genehmigung Bergmanns, 9. 6. 1943, in: Ebenda, Bl. 32f.; Entwürfe der Mietverträge als Anlage zu Ullrich für Dir. Pers vom 11. 6. 1943, in: Ebenda, Bl. 35–42; zum Vertrag betr. Falkenstein vom 18. 6. 1943, in: BA Berlin, 69133, Bl. 59, Vertrag mit Dienstmann betr. Friedland vom 20. 6. 1943, in: BA Berlin, 69136, Bl. 176; i. A. Ullrich an Freifrau von Bodenhausen-Degener, 30. 9. 1943, in: Ebenda, Bl. 252; vgl. zu Degenershausen die Aktenbände: BA Berlin, 69193 und 69194.

57 Vgl. Bericht Gebhardts vom 25. 6. 1943, in: BA Berlin, 69133, Bl. 89f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schädigt wurden. Außerdem wurden 42 Kisten mit Akten der Kulturpolitischen Abteilung aus der Zeit 1936–1940 stark beschädigt, die Verlustrate betrug hier ca. 30 Prozent[58]. Nicht das Explosionsunglück, sondern der allgemeine Treibstoffmangel führte dazu, die Akten auch mit der Bahn zu versenden[59]. Bald aber reichten die Flüchtungsorte nicht mehr aus. Als weiteres Ausweichquartier wurden Räume im Schloß Meisdorf/Harz ausgewählt[60].

Am 20. April 1944 war die Evakuierung abgeschlossen, sämtliche Akten des Politischen Archivs waren in über 50000 Paketen auf acht Ausweichstellen verteilt. Die Räume in der Wilhelmstraße, die „Eisenarchive", dienten nun den in Berlin verbliebenen Referaten für ihre laufenden Akten. In der Zentrale waren noch acht Mitarbeiter des Archivs beschäftigt, 15 waren den Flüchtungsorten zugeteilt[61]. Das Auswärtige Amt hatte im Gegensatz zur Unterbringung der Akten des Reichsarchivs und des Geheimen Staatsarchivs seine Akten oberirdisch gelagert. Von den Beständen des Reichsarchivs ist die wichtigere Hälfte, ebenfalls ca. 50000 Pakete, darunter auch die Akten des Politischen Archivs, ausgelagert worden. Die in Potsdam verbliebenen Bestände verbrannten am 14./15. April 1945 zusammen mit den Akten des Heeresarchivs bei der Zerstörung der Stadt infolge eines britischen Luftangriffs[62].

Die schweren Luftangriffe auf Berlin im November, von denen auch das Auswärtige Amt mitbetroffen war, führten zu Überlegungen, das Politische Archiv als Arbeitseinheit des Amts auszulagern und mit zwölf Mitarbeitern weitestgehend in den Harz zu verlegen. Aber erst im September 1944, nachdem es Valentin, als Leiter des Depots Meisdorf, gelungen war, neue Räume zu übernehmen, wird dieses Schloß als „Hauptausweichstelle" bezeichnet. Nun begann man auf Weisung Bergmanns damit, die wichtigsten Dokumente aus Friedland fortzuschaffen und sie im Schloß Meisdorf zu lagern[63]. Eine systematische Verlagerung nach dort, um die Dokumente

[58] Vgl. Aufzeichnung Valentins für Ullrich, 17. 10. 1943, in: BA Berlin, 69134, Bl. 66; Bericht Griesheims, 19. 10. 1943, in: BA Berlin, 69137, Bl. 68.

[59] Vgl. Aufzeichnungen Andres' für Sonderreferat Ziegler, 21. 1. 1944, 4. 2. 1944 und 21. 2. 1944, in: BA Berlin, 69138, Bl. 36, 106 und 143. Vgl. auch die Dokumente in: PA/AA, Handakten Schwager, Pers. Dg. V, Bd. 6 „Aktenabtransport (Unfall Aschersleben)".

[60] Vgl. i. A. Ullrich an Gräfin von der Asseburg, 9. 9. 1943, in: BA Berlin, 69136, Bl. 208; i. A. Ullrich an Walther mit anl. Vertrag betr. Meisdorf, 12. 10. 1943, in: BA Berlin, 69134, Bl. 31–33. Außer in den genannten Orten lagerten Akten in Börln bei Leipzig und Altgaul bei Wriezen/Oder.

[61] Vgl. Aufzeichnung Ullrichs für Dg. Pers, 22. 4. 1944, in: BA Berlin, 69138, Bl. 405, zum Personal im Archiv und seinen Ausweichstellen vgl. die Aktenbände BA Berlin, 69187f.

[62] Vgl. Gerhard Schmid, Die Verluste in den Beständen des ehemaligen Reichsarchiv im Zweiten Weltkrieg, in: Archivar und Historiker. Studien zur Archiv- und Geschichtswissenschaft. Zum 65. Geburtstag von Heinrich Otto Meisner, hrsg. von der Staatlichen Archivverwaltung im Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, Berlin 1956, S. 176–207, hier S. 184.

[63] Vgl. Aufstellung Ullrichs für Günther, 15. 7. 1944, in: BA Berlin, 69135, Bl. 143; Ullrich an Blessing, 25. 10. 1944 (zu Pol. Arch. 3006/44) mit anl. Listen der nach Börln evakuierten Akten, in: PA/AA, R 26765 (4035 E 063609–613); Aufzeichnung Ullrichs vom 17. 1. bzw. 2. 2. 1945, in: BA Berlin, 69164, Bl. 244f.; siehe hierin und in den Aktenbänden 69166–69181 die zahlreichen, offenbar auch als Findmittel gedachten, Verzeichnisse der ausgelagerten Akten(bündel).

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vor dem Zugriff der vorrückenden Roten Armee zu bewahren, begann jedoch erst später[64].

V. Die Vernichtung geheimer diplomatischer Akten

Mit dem Evakuierungsbeschluß hatte sich die Aktenabgabe der Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts an das Politische Archiv intensiviert[65], für die Jahre 1936 bis 1943 blieb das abgegebene Material aber uneinheitlich. Die einzelnen Abteilungen und Referate gaben ihre Unterlagen in ganz unterschiedlicher zeitlicher und sachlicher Vollständigkeit ab. Auch konnten angesichts der weiträumigen Dislokation von Arbeitseinheiten des Amts in Ausweichstellen deren laufende Akten nicht mehr ins Politische Archiv gelangen. Sie wurden teilweise gezielt vernichtet oder gingen durch Kriegseinwirkungen verloren, wie auch die in der Zentrale verbliebenen Unterlagen. So verbrannten am 23. November 1943 im Kassenflügel des Hauses Wilhelmstraße 75 die noch nicht an das Archiv abgegebenen Personalakten; erhalten blieben die zugehörigen Kassenakten. Hieraus resultiert der ungleiche Überlieferungszustand des erhaltenen Schriftguts. Manches reicht kaum bis in das Jahr 1940, anderes bis 1943, nur wenige der im Geschäftsgang befindlichen Akten haben das Kriegsende überstanden[66]. Es ist nicht mehr exakt zu bestimmen, was durch Kriegseinwirkung, Verlust während des eiligen Rückzugs oder durch absichtliche Zerstörung abhanden kam.

Schroeder ordnete im Januar 1945 an, „alle Geheimen und Geheimen Reichssachen-Akten" zu vernichten. Vorausgegangen war ein Erlaß des Reichsministers des Innern, der die Behördenleiter dafür verantwortlich machte, „daß bei drohendem Feindeinbruch alle wichtigen Akten, insbesondere solche geheimer und politischer Art" vernichtet werden[67]. Ein Rundschreiben vom 26. Januar 1945 wies alle Arbeitseinheiten im Ausweichgebiet Krummhübel-Brückenberg an, „die Vernichtung des nicht benötigten Aktenmaterials mit Beschleunigung durchzuführen". Krummhübel wurde im Februar 1945 geräumt, der Sammeltransport endete in Mühlhausen/Thü-

[64] Vgl. i. A. Andres an Lücken/Merseburg, 8. 12. 1943, in: BA Berlin, 69134, Bl. 201; Valentin an Ullrich, 11. 8. 1944, in: BA Berlin, 69140, Bl. 146; Aufzeichnungen Ullrichs für Heinecke, 28. 8. 1944, in: Ebenda, Bl. 207, und für Dg. Pers vom 2. 9. 1944, in: BA Berlin, 69135, Bl. 176 und 181. Vgl. auch das auf Grund der Journalnummer 1024/44 auf Ende Mai 1944 zu datierende zehnseitige Verzeichnis der von Friedland nach Meisdorf verlagerten Akten, in: BA Berlin, 69208. Eine handschriftliche Notiz Gebhardts vom 9. 10. 1944 belegt eine weitere Umlagerung nach Meisdorf am 1. 9. 1944, in: PA/AA, R 27011, Mappe „Ausweichstelle Friedland. Bestandsaufnahme August 1944, 2. Exemplar" (4101 E 070679).

[65] Vgl. hierzu zwei, die Aktenabgabe an das Archiv betreffende Akten in: BA Berlin, 69142f.

[66] Vgl. Philippi, Rückführung, Sp. 211f.

[67] Der Erlaß des Reichsministers des Innern vom 12. 10. 1944 über das „Verhalten der Behörden bei Feindbesetzung" war mit Schnellbrief den Obersten Reichsbehörden zur Kenntnis übersandt worden. Vgl. Hans-Stephan Brather, Aktenvernichtung durch deutsche Dienststellen beim Zusammenbruch des Faschismus, in: Archivmitteilungen 8 (1958), S. 116.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ringen, wo sich schließlich zwischen 300 und 400 Angehörige des Auswärtigen Amts einfanden. Ein weiterer Erlaß vom 17. März 1945 sah vor, „Akten, die überhaupt nicht mehr benötigt werden", in Berlin zu vernichten, um Transport- und Ausweichraum zu sparen[68]. Zahlreiche Akten wurden in den Auslandsvertretungen bereits zu Beginn und während des Kriegs zerstört[69]. Solche Erlasse und Aktionen betrafen im wesentlichen aktuelles Material. Eine generelle Order indes, sämtliche Unterlagen zu vernichten, hat es offenbar nicht gegeben.

Manche Überlieferung des Auswärtigen Amts blieb dagegen auf besondere Weise erhalten, wie etwa der sogenannte RAM- oder Loesch-Film, der speziell für das Ministerbüro angefertigt worden war. Mit der Zunahme des Bombenkriegs schuf man beim Chef des Ministerbüros Paul Otto Schmidt unter der technischen Leitung des Ministerialbürodirektors Hermann Klee ein „Zweit"- oder „Filmarchiv" in Form von Kleinbildaufnahmen, im wesentlichen Dokumente des Reichsaußenministers aus der Zeit von 1938 bis 1943. Photographiert wurde in der Wilhelmstraße, die Filme wurden zunächst in einem Panzerschrank der Archivausweichstelle Friedland gelagert. Bei Kriegsende befanden sich diese Dokumente, die später absichtlich verbrannt wurden, zusammen mit den Filmen im Gutshaus Schönberg bei Mühlhausen und im Schloß Treffurt. Legationsrat Karl von Loesch, mit der Vernichtung der Filme beauftragt, führte diese Weisung nicht aus, sondern vergrub sie. Später wurden diese unersetzbaren rund 10000 Aufnahmen von der amerikanischen Armee beschlagnahmt[70].

Wie gestaltete sich die Situation für die Bestände des Politischen Archivs? In der Geschäftsgangsakte der Flüchtungsstelle Schloß Blankenburg befindet sich ein Geheimerlaß des Ministerialdirigenten Bergmann vom 3. April 1945. Er kennzeichnete die nach Blankenburg verbrachten Bestände als „Akten historischen Charakters, an deren Erhaltung ein dringendes Rechtsinteresse besteht": „Eine evtl. Vernichtung

---

[68] Fernschreiben Müllers an Mohr, 24. 1. 1945, in: PA/AA, Geschäftsakten und Arbeitsunterlagen des Politischen Archivs, Bd. 81 c; Rundschreiben Nr. 49/45, gez. Wüster, 26. 1. 1945, in: PA/AA, R 100682; Erlaß, gez. von Wallenberg, 17. 3. 1945, in: PA/AA, Nachlaß Sasse, Nr. 120 „Geschichte des AA – Ausweichaktion, letzte Phase, Auflösung" (e. o. Pers. Gen. 303/45). Um einen Überblick über das verlorene Schriftgut zu gewinnen, befragte das Politische Archiv seit Mitte der fünfziger Jahre die an Vernichtungsaktionen Beteiligten. Vgl. PA/AA, B 118, Bd. 124.

[69] Siehe Aufstellungen und Abschriften in: PA/AA, Geschäftsakten und Arbeitsunterlagen des Politischen Archivs, Bd. 81 c, sowie als weiteres Beispiel die Auflistung der am 23. 6. 1944 auf Weisung des Gesandten Otto Bene vernichteten Akten, in: PA/AA, R 26697, Lochmappe „Pers. Si 5 – Der Vertreter des Auswärtigen Amts im Stabe des Reichskommissars für die besetzten Gebiete – Geheim-Sachen 1940, 1941, 1942 – Pers. Si 5 (g.)".

[70] Siehe hierzu die zusammenfassende Aufzeichnung über die Aussagen Paul Otto Schmidts in Nürnberg am 19. 2. 1947, in: PA/AA, R 26710, Mappe „Aktenvernichtung 1945". Die beim Abdruck von Dokumenten in den Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 und in Andreas Hillgruber (Hrsg.), Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939–1941, Frankfurt a. M. 1967, als unleserlich gekennzeichneten Textstellen können heute vielfach anhand der Filme und neuer Abzüge ergänzt werden.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

darf der Dienststellenleiter nur auf unmittelbare Weisung seiner vorgesetzten Dienststelle durchführen."[71] Die Zerstörung konnte also nur von Berlin aus angeordnet werden. Die Vermutung drängt sich auf, daß ein analoger Befehl auch an andere Evakuierungsorte gegangen ist. Doch der Leiter der Degenershausener Ausweichstelle, Witilo von Griesheim, gab nach dem Krieg an, keinen Vernichtungsbefehl erhalten zu haben[72].

In späteren Darstellungen suchten die Beteiligten nach unverfänglichen Erklärungen für ihr Handeln in jener Phase der Auflösung staatlicher Ordnung und zogen sich auf Schutzbehauptungen zurück. Nach Ullrichs Schilderung aus dem Jahr 1957 soll „schon im Zustand der Agonie des Dritten Reiches" ein „Vernichtungserlaß" Bergmanns nach Meisdorf aus Alibigründen abgegangen sein. Dies wäre der dem Erlaß für Blankenburg vom 3. April 1945 analoge Befehl. Ullrich berichtet weiter, sein Stellvertreter Andres sei am 6. April mit einer Liste der zu zerstörenden Bestände nach Meisdorf entsandt worden. Mündlich aber sei ihm mitgeteilt worden, „unter keinen Umständen mit der Vernichtung der Akten zu beginnen". Am Tag darauf habe Ullrich mit Meisdorf telefoniert und erfahren, daß seine mündliche Order nicht eindeutig übermittelt worden sei. Er selbst habe „sich in dem von Gestapo überwachten Telefongespräch nicht so klar verständlich machen" können, „wie es notwendig gewesen wäre". So habe der Leiter der Ausweichstelle, Valentin, mit der Aktenvernichtung „unter dem Druck nazistischer Elemente" begonnen. Die Durchführung der „an sich fingierten Vernichtungsabsicht"[73] sei jedoch nach kurzer Zeit von amerikanischen Truppen unterbunden worden. Andres bestätigt in seiner Aufzeichnung von 1950 die Kurierfahrt: In Meisdorf seien Geheimakten anhand einer von ihm überbrachten Liste zur Vernichtung vorgesehen gewesen. Ein Telefonat aus Berlin habe die Zerstörung in Gang setzen sollen. Bei der Aktion selbst, über die „nur der Leiter der Ausweichstelle Meisdorf, Dr. Valentin, nähere Auskunft geben könne", sei er nicht dabeigewesen[74].

Die Ereignisse in Meisdorf, wo die Geheimakten des Archivs konzentriert waren, lassen sich nicht aus den nachträglichen Aufzeichnungen allein rekonstruieren, wohl aber gemeinsam mit damals entstandenen Unterlagen, die sich auf die Aktenvernichtung beziehen[75]. Valentin sandte auf Anforderung am 28. Januar 1945 in zwei Ausfer-

---

[71] Erlaß i. A. Bergmann, 3. 4. 1945, in: BA Berlin, 69206, Bl. 183 (Pol. Arch. 39/45 gRS [= geheime Reichssache]).

[72] Vgl. Aktenvermerk vom 14. 9. 1948 über ein Gespräch mit Griesheim, in: PA/AA, B 118, Bd. 785. Griesheim war seit 1939 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt, seit 1933 Mitglied der NSDAP.

[73] In einer anderen Ausfertigung dieser Aufzeichnung (vgl. Anm. 40) korrigierte Ullrich diese Stelle handschriftlich in „Vernichtungsbefehles".

[74] Aufzeichnungen Ullrichs und Andres' (vgl. Anm. 40). Nach Sasse, Politisches Archiv, S. 135, und Philippi, Nachruf, Sp. 98, kam der Anruf aus Berlin am 26. 4. 1945, ein angesichts des Vormarschs der amerikanischen Truppen zu spätes Datum; richtig ist der 10. 4. 1945 in: ADAP, Serie D, Bd. I, S. X.

[75] Die im folgenden zitierten Dokumente sind der Inhalt einer Mappe „Aktenvernichtung 1945", in: PA/AA, R 26710 (2453/D 515364–91).

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tigungen ein Verzeichnis der in Meisdorf verwahrten „G.- und g. Rs.-Akten", also der Geheimen und der als geheime Reichssache deklarierten Akten, nach Berlin. Am 1. April erhielt er telefonisch die Nachricht, daß „Schroeder angeordnet habe, daß Akten [19]33–42 zwecks evtl. Vernichtung besonders auszusortieren bezw. zu lagern wären". Andres brachte am 6. April zusammen mit einem Erlaß Bergmanns (Pol. Arch. 45 g/45) vom Vortag eine Liste jener Bestände in den Harz, die „zur eventuellen Vernichtung" mit äußerster Beschleunigung auszusondern waren. In Bergmanns Erlaß heißt es: „Eine Weisung zur Vernichtung dürfen Sie als Dienststellenleiter der Ausweichstellen Meisdorf und Falkenstein nur von Herrn Ministerialdirektor Schroeder, dem Unterzeichneten oder einem von diesen beiden bevollmächtigten Beamten, der sich auszuweisen in der Lage ist, entgegennehmen." Diese Vernichtungsorder erteilte Ullrich telefonisch am 10. April für die in Meisdorf aussortierten Akten[76]. Valentin notierte über dieses Gespräch: „Die durch Erlaß vom 5. April 1945 – Pol. Arch. 45 g/45 – in unmittelbare Aussicht gestellte ‚Aktion' hat zu beginnen und ist dem Inhalt dieses Erlasses entsprechend sofort beschleunigt durchzuführen. Eine schriftliche Bestätigung dieser fernmündlichen Weisung wird Sekretär Auras, der morgen von Berlin nach Meisdorf fährt, mitbringen." Ohne diesen schriftlichen Vernichtungsbefehl abzuwarten – Fritz Auras gelangte nicht mehr in den Harz – ordnete Valentin gemäß Ullrichs telefonischer Weisung an, die ausgesonderten Akten zu verbrennen. Viel Zeit blieb angesichts der rasch vorrückenden amerikanischen Truppen dazu aber nicht. Die letzten Schriftstücke von Verwaltungsangelegenheiten in Meisdorf tragen das Datum 14. April[77].

Sieger von Kirchbach hatte im November 1944 sein Studium unterbrochen, um als Angestellter im Politischen Archiv zu arbeiten. Er wurde im März 1945 Meisdorf zugeteilt und erinnert sich an „die allgemeine Angst, man könnte von einer SS-Formation belangt werden, wenn man nicht mit der Vernichtung der Akten begonnen" hätte. Auf Ullrichs Anweisung hin sollte die Vernichtung nur in geschlossenen Feuerstätten erfolgen, um sie dadurch langsamer zu gestalten. Kirchbach suchte solche Bestände aus, „die am wenigsten im Archiv fehlen würden". Da die Kachelöfen des Schlosses sehr bald verstopft und zur weiteren Verbrennung unbrauchbar geworden waren, habe Valentin veranlaßt, daß die Aktenpakete in einer nahegelegenen Gärtnerei verbrannt wurden. „In dem Ofen der Gärtnerei ist höchstens einen Tag lang Aktenmaterial verbrannt worden. Die gegenüber der Verbrennung in den Kachelöfen viel umfangreichere Verbrennung in der Gärtnerei im Gewächshausofen hat dann den besonderen Zorn von Dr. von Griesheim hervorgerufen."[78]

---

[76] Nach anderen Angaben sind die zu vernichtenden Akten in Meisdorf zu keiner Zeit ausgesondert worden, vielmehr habe Valentin die Pakete zur Verbrennung alle selbst bezeichnet und herausgegeben. Vgl. auch Mitteilung Sieger von Kirchbachs vom 28. 2. 1996, in: PA/AA, Geschäftsakten und Arbeitsunterlagen des Politischen Archivs, Bd. 81 c.

[77] Marschbefehl Valentins für den Gefreiten Harte vom 14. 4. 1945, in: PA/AA R 26709, Mappe „Varia", sowie ein auf den 14. 4. 1945 datierter nicht mehr unterschriebener Mietvertrag, in: PA/AA, R 26698.

[78] Lebenserinnerungen von Sieger von Kirchbach, November 1944 – April 1946, Aufzeichnung vom

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach dem Krieg vom Leiter der amerikanischen Aktenkommission, Krumpelmann, über das Schicksal der Akten befragt, gab Valentin jene Bestände an, mit deren Beseitigung begonnen worden war. Im Vergleich mit der Vernichtungsliste, die Andres nach Meisdorf gebracht hatte, stellte Paul Kluke im Juni 1947 die in der Ausweichstelle absichtlich zerstörten geheimen Akten zusammen: hierunter fielen Teile der Akten Pol. I-Militär (83 Pakete), der Botschaft Paris (48), der Rechtsabteilung (20), der Handelspolitischen Abteilung (21) sowie Aktenpakete betr. den Kriegskostensonderfonds (23) und Kriegsgefangenenangelegenheiten (47). Insgesamt wurden ca. 250 Pakete verbrannt[79]. In einem Schreiben an Theodor Heuss[80] vom August 1949 stellte Valentin seinen Anteil an der Vernichtung der Akten in Abrede: „Anfang April kam aus Berlin die Anweisung zur Vernichtung des wichtigsten Aktenmaterials besonders der Bestände seit 1934. Ich habe diese Anweisung nicht befolgt, trotz der Gefahr, die in der Anwesenheit der übrigen, zumeist nationalsozialistisch eingestellten übrigen Amtsangehörigen und in der damaligen latenten Überwachung durch die SS lag." Von dieser Version rückte er 1950 wieder ab, indem er eine „angeordnete Vernichtung" erwähnt und neben anderen eingetretenen Verlusten auch „die in Meisdorf zum Kriegsschluß vernichteten Akten" aufzählt. Er wertete seine und die Tätigkeit der Amtsangehörigen in Meisdorf als „antihitlerische Handlung"[81], eine Aussage die Kirchbach rückschauend „mehr als fraglich" erscheint[82]. Verglichen mit dem Verlust der in den Ausweichdienststellen des Auswärtigen Amts in Krummhübel und andernorts, vor allem in Mühlhausen, zerstörten kurrenten Akten, ist das Ausmaß der in Meisdorf durchgeführten Vernichtung begrenzt. So erklärt es sich wohl, daß Andres 1952, um Valentins Verbeamtung zu erreichen, schreiben konnte, es sei vor allem Valentin zu verdanken, „daß die Akten erhalten geblieben sind"[83].

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Mitarbeiter des Politischen Archivs, vor allem Andres und Valentin, die Hauptlast der mit der Flüchtung der Akten verbundenen Arbeit trugen[84]. Dem Archivleiter Ullrich kommt das Verdienst zu, so rechtzeitig, wie die Umstände es zuließen, die Verlagerung angeregt und durchge-

26.–30. 1. 1995 und Mitteilungen Kirchbachs im Dezember 1995, am 9. 1. und 28. 2. 1996, in: PA/AA, Geschäftsakten und Arbeitsunterlagen des Politischen Archivs, Bd. 81 c.

[79] Vgl. Abschrift einer Aufzeichnung Klukes vom 3. 6. 1947, in: Ebenda; Aufzeichnung Andres' (vgl. Anm. 40), S. 17.

[80] Heuss war damals Bundesvorsitzender der FDP, seit 12. September 1949 war er Bundespräsident.

[81] Valentin an Heuss, 28. 8. 1949, in: PA/AA, Personalakte Valentin; Aufzeichnung Valentins vom 12. 4. 1950, in: PA/AA, Geschäftsakten und Arbeitsunterlagen des Politischen Archivs, Bd. 81 c; Aufzeichnung Valentins vom 20. 10. 1950, in: PA/AA, B 118, Bd. 493. Valentin, seit 1937 Mitglied der NSDAP, war 1947 im Entnazifizierungsverfahren entlastet worden, gelangte 1950 wieder ins Auswärtige Amt, er starb 1955.

[82] Mitteilung Kirchbachs vom 28. 2. 1996.

[83] Andres an Schwarz, 20. 1. 1952, in: PA/AA, Personalakte Valentin.

[84] Vgl. Philippi, Nachruf, Sp. 98; Andres wie auch Valentin stellen die Evakuierung in ihren Aufzeichnungen als ein gemeinsames Unternehmen des Politischen Archivs dar, während Ullrich seinen eigenen, sicher nicht unbedeutenden Anteil am Geschehen überpointiert. Holzhausen, Quel-

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

setzt zu haben. Die Verantwortung hierfür trug nach Ullrichs Aufzeichnung vom Mai 1943 Ministerialdirektor Schroeder. Von wenigen Angehörigen des Auswärtigen Amts wurde unter schwierigen Umständen eine wichtige Quelle der politischen Geschichte vor der möglichen Vernichtung in Berlin bewahrt. Diese Feststellung wird nicht dadurch gemindert, daß ein einheitlicher Evakuierungsplan fehlte, und die Flüchtung – wie Ullrich nachträglich zu Recht meinte[85] – „deshalb zwangsläufig einen improvisierten Charakter" bekam, den sie „auch bis in die letzten Tage beibehalten" hatte.

Obschon in ganz unterschiedlichen Größenordnungen und Unterstellungsverhältnissen, sahen sich Ullrich und Zipfel nach Kriegsbeginn 1939 vor dieselben Aufgaben gestellt: Akten in den eroberten Ländern aufzuspüren, sie gegebenenfalls nach Deutschland zu bringen, sowie die ihnen anvertrauten gefährdeten Archive durch Flüchtung zu schützen. Im Gegensatz zu Schroeder und Ullrich hat Zipfel keine Aktenvernichtung vorbereitet und angeordnet. Die archivfachlichen Herausforderungen bewältigten beide unabhängig von ihrer politischen Einstellung: Zipfel war bis zuletzt überzeugter Nationalsozialist, Parteimitglied seit 1932, noch im März 1945 appellierte er an die Archivleiter, jeglichem Defätismus entgegenzutreten[86]. Ullrich stand dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber, nach Philippi war ihm die Gleichschaltung zuwider. Er galt bei der NSDAP „als nationalsozialistisch unzuverlässig", wie es im Wiedergutmachungsbescheid vom 5. Januar 1956 heißt. Es gibt aber keine Anhaltspunkte, ihn, wie es Rothfels tat, zu den „Persönlichkeiten der frühen Opposition" zu zählen[87]. Betrachtet man Zipfels und Ullrichs Verhalten, so ist zu erkennen, daß die rechtzeitige Aktenevakuierung nicht auf ideologische Haltungen zurückgeführt werden kann, sondern auf ihr Bewußtsein, für die Erhaltung der geschichtlichen Überlieferung verantwortlich zu sein. Nicht allein Gegner des nationalsozialistischen Regimes, auch entschiedene Anhänger haben die Verlagerung und Rettung archivierter Akten in Gang gesetzt.

VI. Die Rückführung des Politischen Archivs

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die Odyssee der Akten des Auswärtigen Amts noch nicht vorbei. In den Burgen und Schlössern im Harz beschlagnahmten amerikanische Einheiten die ausgelagerten Bestände des Archivs, die, weil oberirdisch gelagert, leicht zugänglich waren und vor der Räumung des Gebiets abtransportiert werden konnten. Die unterirdisch gelagerten Akten des Reichsarchivs und

len, S. 197, bewertet es als Widerstand Ullrichs und anderer Beamter, den Anordnungen zur Zerstörung der Dokumente nicht Folge geleistet zu haben.

[85] Aufzeichnung Ullrichs (vgl. Anm. 40), S. 4; vgl. Aufzeichnung Andres' (siehe Anm. 40), S. 6.

[86] Vgl. Musial, Archivare, S. 209.

[87] Vgl. Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Frankfurt a. M. 1969, S. 59.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Hauptbestand des Geheimen Staatsarchivs konnten die US-Truppen dagegen nicht so schnell bergen. Sie gelangten infolge des Abzugs der amerikanischen Truppen am 1. Juli 1945 in sowjetischen Besitz.

Die amerikanischen Streitkräfte hatten den Befehl, sorgfältig auf das Auftauchen deutschen Archivmaterials zu achten. Auch sie hielten hinter der Front Sachverständige bereit, die gefundene Akten sogleich beschlagnahmten und prüften. Sie spürten insgesamt mehr als 400 Tonnen Material des Auswärtigen Amts auf – Bestände der ausgewichenen Dienststellen und des Politischen Archivs – und trugen es im Marburger Schloß zusammen, um damit auch die Nürnberger Prozesse vorzubereiten. Valentin verbot man, die Räume zu betreten. Von Griesheim wurde für kurze Zeit verhaftet und durfte danach nicht weiterarbeiten. Von Kirchbach wurde von den Amerikanern bis zum Sommer 1946 übernommen. Die Akten wurden nach einer Zwischenstation in Hessisch-Lichtenau zunächst in die Polizeikaserne Friesenstraße in Berlin, dann in das Telefunkenhaus überführt. Die technischen Ordnungsarbeiten führte ein großer Stab hierfür angestellter Deutscher durch.

Im Sommer 1948 kamen die Unterlagen zusammen mit den Akten der Reichskanzlei nach England auf den Landsitz Whaddon Hall bei Bletchley in Buckinghamshire. Anderes Archivgut des Auswärtigen Amts konfiszierte die sowjetische Armee: aus Altgaul, Börln und Berlin. Dieses Material wurde den geretteten Akten des Auswärtigen Amts aus dem Reichsarchiv und dem Geheimen Staatsarchiv hinzugefügt. Es gehörte zum Bestand des Zentralen Staatsarchivs der DDR. Heute sind die Akten im Bundesarchiv/Abteilungen Reich und DDR in Berlin-Lichterfelde bzw. im Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem zugänglich.

Bereits im Juni 1945 begannen britische und amerikanische Sachverständige damit, die Akten zunächst für nachrichtendienstliche Zwecke zu verfilmen. Im Juni 1946 vereinbarten das Foreign Office und das State Department, gemeinsam die erbeuteten Akten nach wissenschaftlichen Kriterien in Auswahl zu veröffentlichen. Seit April 1947 war auch Frankreich hieran beteiligt. 1949 erschien der erste Band der „Documents on German Foreign Policy", 1950 folgte die Übersetzung unter dem Titel „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945". Die Rückführung der beschlagnahmten Akten nach Bonn begann 1956[88]. Seitdem bemühte sich das Auswärtige Amt auf Initiative des damaligen Außenministers Heinrich von Brentano um die Fortführung der Aktenpublikation unter gemeinsamer Verantwortung deutscher, amerikanischer, britischer und französischer Historiker. 1960 kamen die vier Regierungen überein, sich an der Edition der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945" zu beteiligen[89]. Ullrich, 1955 aus sowjetischer Gefangenschaft zurückge-

[88] Vgl. Henke, Schicksal, S. 582ff.; David Cameron Watt, British Historians, the War Guilt Issue, and Post-War Germanophobia: A Documentary Note, in: The Historical Journal 36 (1993), S. 179–185.

[89] Siehe die vom Auswärtigen Amt anläßlich der Verabschiedung der Internationalen Historikerkommission herausgegebene Broschüre „Abschluß der Edition ‚Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945'", Bonn 1996.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kehrt und seit 1956 wieder Leiter des Politischen Archivs und Historischen Referats, war am Zustandekommen des Viermächteprojekts und an der Gewinnung von Hans Rothfels als erstem deutschen Hauptherausgeber wesentlich beteiligt. Auch Sasse, als zeitweiliger Vertreter des Politischen Archivs in Whaddon Hall, hatte durch Gespräche mit dortigen Historikern Anteil am Zustandekommen der Edition. 1995 konnte das Projekt nach der Veröffentlichung von 75 Einzelbänden abgeschlossen werden.

Die Umlagerung der Bestände des Politischen Archivs in die ehemalige Reichsbank, wo seit 1959 das Zentralkomitee der SED seinen Sitz hatte, wird zur Zeit vorbereitet. Damit kehrt das Politische Archiv, vermehrt durch die Akten des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik, nach Berlin zurück.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte